

LEBENSSTATIONEN

HERKUNFT UND AUSBILDUNG

Heinrich Aumund wurde am 10. April 1873 an der Unterweser, in Osterholz bei Bremen, als sechstes Kind einer relativ wohlhabenden protestantischen Bauernfamilie geboren.¹ Die Region gehörte früher zum Königreich Hannover, das 1866 in Preußen aufging. Für die persönliche Entwicklung Heinrichs dürfte es von Bedeutung gewesen sein, dass die Mutter starb, als er 12 Jahre alt war, der Vater, als er das Alter von 19 erreichte. Heinrich war also früh zur Selbständigkeit gezwungen, wenn er auch in seinen älteren Geschwistern eine Stütze besaß. Wirtschaftliche Not musste er nicht leiden, denn der Vater hatte den Kindern so viel hinterlassen, dass sie sich eine gute Ausbildung leisten konnten.

Nach dem Besuch der Volksschule in Osterholz beschloss Aumund 1887, nach dem Vorbild seines älteren Bruders Johann Jürgen Ingenieur zu werden.² Die Voraussetzungen hierfür schuf er durch Absolvierung einer Mittelschule in Achim und einer Privatschule in Bremen. Von dieser Realschule ging er 1890 mit der Mittleren Reife ab, womit die Berechtigung verbunden war, einen verkürzten einjährigen Militärdienst abzuleisten. Die Mittlere Reife ermöglichte damals noch den Besuch einer Technischen Hochschule, aber nur wenn die Schule ein entsprechendes Anerkennungsverfahren durchlaufen hatte. Es spricht für die Entschiedenheit seines Berufswunschs, dass Aumund selbst dieses Verfahren einleitete und zum erfolgreichen Abschluss brachte.³ Allerdings wurde er 1890 zunächst nur als Hörer zugelassen und erst im November 1891 als ordentlicher Studierender.⁴

Vor dem Studium ging Aumund als Praktikant für ein halbes Jahr in die Maschinenfabrik von Osenbrück & Co in Sebaldsbrück bei Bremen, die Zigarrenpressen und Eismaschinen herstellte.⁵ Unter anderem arbeitete er in der Werkstatt, dem Zeichenbüro und half bei der Montage einer Kühlanlage in einem Schlachthof.⁶ Außerdem erhielt er 1890, als Siebzehnjähriger, sein erstes Patent auf eine Pumpe für einen Ammoniakkompressor, welches sich aber als wirtschaftlich nicht einsetzbar erwies.⁷

1 Aumund, Lebenserinnerungen, 1 ff. In einem Lebenslauf von 1908 bezeichnet Aumund seinen Vater als „Gutsbesitzer“ (GStA PK, I. HA, Rep. 76 Vb Kultusministerium, Sekt. 10, Tit. III, Nr. 4, Bd. I, 180 f.).

2 Aumund, Lebenserinnerungen, 5 ff.

3 Aumund, Lebenserinnerungen, 11 f.

4 Nach Auskunft des Universitätsarchivs Hannover (Rita Seidel).

5 Aumund, Lebenserinnerungen, 9 ff.

6 Vgl. Sammlung Aumund, Briefe, 8.3.1916 – Heinrich an Hedwig Aumund.

7 Aumund, Lebenserinnerungen, 10 f.

Für sein Studium wählte Aumund die Technische Hochschule Hannover, die von seiner Heimat aus am nächsten lag.⁸ Er entschied sich 1890 zunächst für die Elektrotechnik und wechselte 1893 in den Maschinenbau. Der Elektrotechnik räumte man damals zu Recht glänzende Zukunftsaussichten ein. Allerdings gab es einen Grundsatzstreit, ob die Elektrotechnik mehr zur Physik oder mehr zum Maschinenbau gehörte.⁹ In Hannover hatte der Physiker Wilhelm Kohlrausch (1855–1936) seit 1884 die Professur für Elektrotechnik inne. Anfangs schnitten die Maschinenbaukollegen den jungen Physiker. Kohlrausch wurde deswegen Mitglied der Abteilung für chemisch-technische Wissenschaften und nicht der Maschinenbauabteilung wie die meisten seiner elektrotechnischen Kollegen an anderen Hochschulen. Letztlich errang Kohlrausch hohes Ansehen, zog zahlreiche Studenten an und befruchtete auch die praktische Elektrotechnik.

Allerdings führten die Hannoveraner Querelen zu Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Studienpläne und Prüfungsordnungen, die Anfang der 1890er Jahre noch nicht gelöst waren. In dieser Situation hielt es Aumund für besser, das Fach zu wechseln und entschied sich für den Maschinenbau. Einen gewissen Schwerpunkt legte er auf Textilmaschinen, womit er einem seiner Brüder nacheiferte. In seinen Lebenserinnerungen erwähnte er, dass er von den Lehrveranstaltungen Kohlrauschs, des Mathematikers Ludwig Kiepert (1846–1934), des Fachvertreters für Maschinenelemente Albert Frank (1841–1909) sowie des Mechanikers Wilhelm Keck (1841–1900) besonders profitierte.

Nach dem Vorexamen unterbrach er das Studium, um 1894/95 in Darmstadt seiner Militärdienstpflicht zu genügen.¹⁰ Danach ging er nach Hannover zurück und legte im Juli 1896 das Abschlussexamen mit der nicht gerade berauschenden Note „genügend“ ab. Dies dürfte abgesehen von einer zu kurzen Vorbereitungszeit darauf zurückzuführen sein, dass Aumund zeit seines Lebens mehr der praktischen Technik nahestand als der Theorie. Gegenüber seiner Frau äußerte er später, dass er im Studium die Mathematik und die Statik vernachlässigt habe und dies teilweise nachholen musste.¹¹ Damit besaß Aumund einen Ingenieurabschluss, aber nicht den akademischen Grad Diplom-Ingenieur, denn dieser wurde in Preußen erst 1899 eingeführt.¹²

Während des Studiums engagierte sich Aumund im Akademischen Verein der Hochschule und wurde zu dessen Vorsitzenden gewählt.¹³ Solche Vereine, die sich seit den 1870er Jahren jenseits der studentischen Korporationen bildeten, erhoben tendenziell den Anspruch allgemeiner Studentenvertretungen. Aumund wollte da-

8 Aumund, Lebenserinnerungen, 11 ff.

9 Vgl. hierzu allgemein: König, Technikwissenschaften, und zur Elektrotechnik in Hannover: König, Technikwissenschaften, 42–47.

10 Aumund, Lebenserinnerungen, 13 f. u. 19 ff.; s. u. S.

11 Sammlung Aumund, Briefe, 8.3.1916 – Heinrich an Hedwig Aumund.

12 Von einer Ausnahme abgesehen (UA TUB, 109–2, 5, Personalfragebogen von 1947) bezeichnete Aumund sich denn auch nicht als Dipl.-Ing., sondern firmierte üblicherweise unter Prof. Dr.-Ing. E. h. Fälschlicherweise wird er in Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1950 und 1954 als Dipl.-Ing. bezeichnet.

13 Aumund, Lebenserinnerungen, 15 ff.

gegen das Profil des Vereins als wissenschaftliche Vereinigung stärken. Im Akademischen Verein lernte er Conrad Matschoß (1871–1942) kennen, den späteren Technikhistoriker und Direktor des Vereins Deutscher Ingenieure. Zwischen den Beiden entstand eine lebenslange enge Freundschaft; in der Folgezeit arbeiteten sie insbesondere in der Hochschulpolitik eng zusammen.¹⁴

Im Oktober 1896 trat Aumund seine erste Stelle als Lehrer am Technikum Hildburghausen in Thüringen an, wo er ein Jahr blieb.¹⁵ Mit dem Gehalt konnte er Schulden aus seinem Studium begleichen. Das Technikum gehörte zur Gruppe der technischen Mittelschulen, Vorläufer der heutigen Fachhochschulen, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts herausbildeten. Die Mittelschulen füllten eine Qualifikationslücke aus, die sich aufgrund der wissenschaftlichen Höherentwicklung der Technischen Hochschulen aufgetan hatte. Sie bildeten unter anderem Techniker für die Fertigung aus sowie Konstrukteure und Zeichner für untergeordnete Positionen. Träger konnten die Länder, aber auch Kommunen oder Private sein. Das qualitative Spektrum der technischen Mittelschulen war ausgesprochen breit. Besonders in der Zwischenkriegszeit gab es Bemühungen, Mindeststandards für die Schulen festzuschreiben.

Das Technikum wurde 1876 in Sonderhausen gegründet und 1878/79 nach Hildburghausen im thüringischen Kleinstaat Meiningen verlegt, weil die Stadt und das Land größere Zuschüsse gewährten.¹⁶ Es handelte sich um eine private Schule unter staatlicher Aufsicht. Maschinenbau und Bauwesen bildeten die wichtigsten Fächer, später durch die Elektrotechnik erweitert. Die meisten der Schüler kamen aus dem nicht weit entfernten Preußen, wo die Regierung das Mittelschulwesen vernachlässigt hatte. Um die Mitte der 1890er Jahre expandierte das Technikum. Im Wintersemester 1895 erreichte die Zahl der Schüler mit 876 einen Höchststand. 1896 wurde ein Neubau bezogen. Aumund traf also günstige Verhältnisse an. Er konnte sich nicht nur wirtschaftlich sanieren, sondern dürfte auch durch die von ihm abgehaltenen Lehrveranstaltungen sein Wissen vermehrt haben.

INDUSTRIE UND INGENIEURBÜRO: KOOPERATIONEN UND KONFLIKTE

Aumund hatte von vornherein nicht vor, lange Zeit am Technikum Hildburghausen zu unterrichten, sondern er wollte in die industrielle Praxis. 1897 wechselte er in das Unternehmen von Julius Pohlig (1842–1916) in Köln, das sich mit Förderanlagen einen Namen gemacht hatte.¹⁷ Pohlig befand sich in dieser Zeit auf Expansionskurs. Um die Mitte der 1890er Jahre hatte er Lizenzen der New Yorker Firma von Charles Wallace Hunt (1841–1911) erworben und baute eine neue Abteilung auf, um die Erfindungen Hunts für Europa auszuarbeiten und zu vermarkten. Au-

14 S. u. S. 112 ff.

15 Aumund, Lebenserinnerungen, 22 f.; Abig, Technikum, 64. In den thüringischen Archiven sind keine Unterlagen über die Lehrtätigkeit Aumunds vorhanden.

16 Grüner, Entwicklung, 104 f., 119 ff.; Abig, Technikum.

17 Ausführlicher u. S. 56 ff.

mund erwarb sich in der Abteilung offensichtlich große Verdienste, denn 1900 übernahm er deren Leitung. In der Folgezeit verbesserte er zahlreiche Anlagen, welche zudem unter seinem Namen patentiert wurden.

1909 schied er bei Pohlig aus und nahm eine Professur für Hebemaschinen und Förderanlagen an der Technischen Hochschule Danzig an.¹⁸ In der Kölner Firma hatten sich die Besitzverhältnisse inzwischen geändert, und die neue Geschäftsführung trieb die technische Entwicklung nicht so voran, wie Aumund sich dies wünschte. Der alte Pohlig, seit der 1906 erfolgten Heirat mit Hedwig Auguste Pohlig Aumunds Schwiegervater, hatte sich bereits 1903 aus dem operativen Geschäft zurückgezogen.

Aumund war weiterhin an der Verwertung seiner bei Pohlig patentierten Innovationen beteiligt und kooperierte zudem mit weiteren Unternehmen.¹⁹ Dabei kam es zu einer Vielzahl von Differenzen und Konflikten. Um die Vermarktung seiner Innovationen auf eine festere Basis zu stellen gründete der 1920 nach Berlin gewechselte Aumund 1922 die „Gesellschaft für Aumund-Patente M. B. H.“²⁰ 1937 wurde sie zugunsten der „Fördererbau GmbH“ aus dem Handelsregister gelöscht. Diese saß – zumindest formal – in Berlin bis 1961, ehe sie nach Rheinberg verlegt wurde. Über sein Berliner Ingenieurbüro wickelte Aumund seine Erfindungen, Lizenzvergaben und Projekte ab. Zusätzlich erstellte er Angebote und Pläne für fördererbautechnische Anlagen. Eine eigene Produktion nahm die Fördererbau GmbH erst Mitte der 1950er Jahre auf – dies unter der Leitung von Heinrichs Sohn Günter-Claus (1912–1984) in Rheinberg.

ERSTER WELTKRIEG: IN DER ETAPPE UND IN DER KRIEGSWIRTSCHAFT

Aus seiner Militärzeit ging Aumund Mitte der 1890er Jahre als Unteroffizier der Reserve ab.²¹ In der Folgezeit absolvierte er mehrere Reserveübungen, so dass er – trotz einiger Konflikte mit Vorgesetzten – 1901 zum Leutnant der Reserve befördert wurde.²² Als solcher wurde er 1914 bei Kriegsausbruch eingezogen und dem Landsturmbataillon Preuss. Stargard in Ostpreußen zugeteilt, zu dessen Aufgaben der Bahnschutz gehörte.²³ Zunächst war er in Dirschau, später in Zoppot und dann in Wilna stationiert.²⁴ Dies erlaubte ihm, tageweise nach Danzig zurückzukehren, wo er sich vor allem um sein in Arbeit befindliches Lehrbuch der Hebe- und Förderanlagen sowie seine kommerziellen Geschäfte kümmerte. In große Kampfhandlungen wurde sein Bataillon nicht verwickelt, Aumund beklagte stattdessen den enormen

18 Ausführlicher u. S. 27 f. u. 100 f.

19 Ausführlicher u. S. 59 ff.

20 Ausführlicher u. S. 65–67.

21 Aumund, Lebenserinnerungen, 39 f.

22 Aumund, Lebenserinnerungen, 39 f.; GStA PK, I. HA, Rep. 76 Vb Kultusministerium, Sekt. 10, Tit. III, Nr. 4, Bd. I, Bl. 181, Lebenslauf.

23 Aumund, Lebenserinnerungen, 42 ff.

24 ZLB Berlin, Springer-Archiv B/A/91 I, Briefe von 1914 und 1915.

Leerlauf und die Langeweile in der Etappe und in seinen späteren Stellungen in der Kriegswirtschaft.²⁵ Kurz bevor er das Bataillon im Sommer 1916 verließ, wurde er zum Hauptmann befördert.²⁶

Aumunds Kompetenzen und Talente als Ingenieurprofessor gelangten in seiner militärischen Position in Ostpreußen nicht zur Entfaltung. Allerdings scheute er sich, aktiv seine Versetzung zu betreiben, um nicht als Drückeberger zu gelten. Es ist möglich, dass ihm Matschoß, der zu dieser Zeit im Kriegsamt eine zentrale Position inne hatte, den Weg zu einer fruchtbareren Tätigkeit bahnte. Jedenfalls ging Aumund im späten Frühjahr 1916 nach Lübeck in das Stanz- und Emailierwerk Carl Thiele & Söhne, um dort eine Massenproduktion von Stahlhelmen in Gang zu setzen.²⁷

Die Artillerie und deren Granatsplitter verursachten im Ersten Weltkrieg die meisten Toten und Verletzten. Im Sommer 1915 reagierten der Armeearzt August Bier (1861–1949) und der Maschinenbauer an der Technischen Hochschule Hannover Friedrich Schwerd (1872–1953) darauf mit der Idee eines Stahlhelms. Dabei entwickelte Schwerd in Kooperation mit dem Eisenhüttenwerk Thale im Harz insbesondere die Ziehfolgen für den Helm.²⁸ Nach den ersten Tests fiel im November 1915 die Entscheidung für die Herstellung eines kleineren Kontingents und nach dessen Erprobung in den ersten Monaten des Jahres 1916 für eine Massenproduktion. Die Aufträge gingen an Thale sowie elf weitere Werke.²⁹ Insgesamt wurden bis 1918 – so lange benötigte man für eine weitgehende Ausrüstung des Heeres – etwa 7,5 Millionen Stahlhelme produziert.

Üblicherweise wurden die Verantwortlichen für die Produktion in Thale eingewiesen. Aumund hielt sich dort Ende Mai 1916 auf – vermutlich zu diesem Zweck.³⁰ Schwerd und Aumund kannten sich bereits vor dem Krieg aus den Beratungen über die Reform der Technischen Hochschulen.³¹ Wir wissen nicht, wie lange Aumund in Lübeck blieb.³² Vermutlich baute er dort nur die Produktion auf und wechselte dann im Spätherbst nach Berlin in das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt (WUMBA). In Lübeck fand er noch Zeit, Überlegungen für die Verwendung einer

25 Aumund, *Lebenserinnerungen*, 43 f.; *Sammlung Aumund, Briefe*, 19.12.1917 u. passim – Heinrich an Hedwig Aumund.

26 ZLB Berlin, *Springer-Archiv B/A/91 I*, 30.5.1916 – Aumund an Springer.

27 Aumund, *Lebenserinnerungen*, 44; ZLB Berlin, *Springer-Archiv B/A/91 I*, 30.5.1916 – Aumund an Springer, u. 8.9.1916; vgl. *Sammlung Aumund, Briefe*, 26.5.1916 – Heinrich an Hedwig Aumund. Aumund selbst gibt das Ende 1915 als Beginn seiner Tätigkeit an. Dies kann aber nicht stimmen, denn die Helme waren zu dieser Zeit noch in der Erprobung und wurden nicht produziert.

28 Vgl. zu Schwerd und dem Stahlhelm: Schwerd, *Wie entstand, Bönig, Einführung*, Bd. 1, 108; Seidel, *Otto Kienzle*, 375 ff. u. passim; Baer, *Vom Stahlhelm*, Bd. 1, 12 ff.

29 Baer, *Vom Stahlhelm*, Bd. 1, 56; Wikipedia, Art. „Stahlhelm“, Herstellerliste; Zugriff am 19.5.2016.

30 Eine an Springer gerichtete Postkarte vom 30.5.1916 ist in Thale (Harz) abgestempelt (ZLB Berlin, *Springer-Archiv B/A/91 I*, 30.5.1916 – Aumund an Springer).

31 *Deutscher Ausschuss für technisches Schulwesen, Abhandlungen*, Bd. 5, 142 f.

32 Jedenfalls schreibt er noch im September 1916 von dort an den Springer-Verlag (ZLB Berlin, *Springer-Archiv B/A/91 I*).

Seitengewehrscheide als Spatenstiel und Handgranatenwerfer sowie des Spatenblatts als Bauchschutz anzustellen.³³

In Deutschland war man sich schon vor 1914 darüber im Klaren, dass die Rohstoffversorgung im Falle eines Krieges große Probleme bereiten werde. Letztlich trafen die Verantwortlichen aber keine grundlegenden Vorkehrungen, weil sie mit einem kurzen Krieg rechneten und auf Materialvorräte in eroberten Gebieten spekulierten. Erst aufgrund einer Initiative der beiden AEG-Manager Walther Rathenau (1867–1922) und Wichard v. Moellendorff (1881–1937) wurde zur Sicherung der militärisch notwendigen Versorgung im August 1914 die Kriegsrohstoffabteilung (KRA) gegründet.³⁴ Bis April 1915 stand die KRA unter der Leitung Rathenaus, anschließend unter der des Majors Joseph Koeth (1879–1936). Die KRA, in welcher zahlreiche Industrielle und Ingenieure mitarbeiteten, rief ein System von privatrechtlich organisierten, unter staatlicher Leitung stehenden Kriegsrohstoffgesellschaften ins Leben.

Für die militärische Versorgung des Heeres in einem engeren Sinne war unter anderem die Feldzeugmeisterei zuständig, die Ende September 1916 durch das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt (WUMBA) abgelöst wurde.³⁵ Sowohl die Kriegsrohstoffabteilung wie das WUMBA unterstanden dem Anfang November 1916 nach der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in die Oberste Heeresleitung gegründeten Kriegsamt.³⁶ Dieses sollte sämtliche kriegswirtschaftlichen Maßnahmen koordinieren mit dem Ziel einer Steigerung der Kriegsproduktion, wobei von vornherein illusionäre Vorgaben gemacht wurden.

Das Kriegsamt und das WUMBA leiteten militärische Führer, denen die Industrie durchaus technisch-organisatorische Kompetenz zutraute.³⁷ Das Kriegsamt unterstand bis Mitte August 1917 Generalleutnant Wilhelm Groener (1867–1939), der sich einen Namen als Eisenbahnfachmann und Logistiker gemacht hatte. Die Spitze des WUMBA bildete der Artillerieexperte Karl Coupette (1855–1929).³⁸ Im Kriegsamt und im WUMBA arbeiteten zahlreiche Ingenieure – auch in leitenden Stellen. Nicht wenige kannten sich aus dem Verein Deutscher Ingenieure (VDI). So war Kurt Sorge (1855–1928), vor dem Krieg Manager der zu Krupp gehörenden Grusonwerke und 1910/1911 Vorsitzender des VDI, für den Technischen Stab des Kriegsamts verantwortlich. Conrad Matschoß, der 1916 zum Direktor des VDI aufstieg, arbeitete zunächst als Adjutant und Stellvertreter Sorges³⁹ und anschließend im WUMBA mit dem Maschinenbauer Wichard v. Moellendorff zusammen, der wiederum technischer Referent bei Coupette war.⁴⁰ Der Technische Stab orga-

33 Sammlung Aumund, Briefe, 13.7.1916, 9.5. u. ?6.1918 – Heinrich an Hedwig Aumund.

34 Vgl. Feldman, *Armee*, 52 ff. u. passim; Seidel, *Otto Kienzle*, 28 ff.

35 BArch PH 2/76, Zesch, *Bewährung* (Juni 1934), 8 ff., 17 ff. u. 26 ff.; Weyrauch, *Waffen- und Munitionswesen*, 105 ff.

36 Vgl. BArch PH 2/76, Zesch, *Bewährung* (Juni 1934), 19; Feldman, *Armee*, 164 ff.

37 Vgl. Aumund, *Lebenserinnerungen*, 44.

38 Vgl. Strutz, *Coupette*; Roth, *Staat*, 62.

39 BArch PH 2/77, Zesch, *Bewährung* (Juni 1934), 37; BArch N 46/115, *Organigramme*; Aumund, *Lebenserinnerungen*, 44.

40 Vgl. Wölker, *Entstehung*, 239 u. passim.

nisierte die Kommunikation zwischen den einzelnen kriegswirtschaftlichen Stellen.

Eine zentrale technische Funktion in der Feldzeugmeisterei, dem Heereswaffenamt und schließlich im WUMBA nahm Friedrich Romberg (1871–1956) ein,⁴¹ vor dem Krieg Professor für Maschinenelemente für Schiffs- und Schiffsmaschinenbau an der Technischen Hochschule Berlin und 1913 deren Rektor.⁴² Romberg war zuständig für die technische Ausrüstung der Rüstungsindustrie sowie die Überwachung der Preise für die Kriegslieferungen. Ihm unterstanden z. B. die preußischen Heereswerkstätten, auf die im Laufe des Krieges auch andere deutsche Länder für die Ausrüstung ihrer militärischen Kontingente zurückgriffen. Hierzu gehörte die Gewehrfabrik Spandau, in der man sich Verdienste um die Normierung und Massenproduktion von Waffen erwarb. Die Abteilung des „WR Chefingenieur“ Romberg im WUMBA entwickelte sich zu einem Großbetrieb mit bis zu 1.000 Ingenieuren und Angestellten.⁴³ Seit Ende Dezember 1916 wurden „technische Hauptbüros“ gegründet – mit dem Ziel einer Vereinheitlichung der Waffen und Munition. Alle technischen Hauptbüros leiteten erstrangige Ingenieure.

Aumund, der seit Spätherbst 1916 im WUMBA tätig war,⁴⁴ übernahm die Leitung des Technischen Hauptbüros I.⁴⁵ In dieser Eigenschaft war er gleichzeitig erster Stellvertreter Rombergs. Die Aufgaben des Technischen Hauptbüros I wurden sehr allgemein beschrieben als Vervollkommnung der technischen Anlagen der Rüstungsindustrie mit dem Ziel einer Ausweitung und Beschleunigung der Produktion. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr litt die deutsche Rüstungsindustrie unter einem Mangel an Maschinen, insbesondere an hochwertigen Werkzeugmaschinen.⁴⁶ Mit Kriegsbeginn waren die Maschinenimporte aus England sowie aus den USA aufgrund der britischen Blockade weggefallen. Die vorhandenen Maschinen unterlagen wegen der hohen Auslastung einem beträchtlichen Verschleiß. Die deutsche Kriegswirtschaft suchte die größten Engpässe zu beheben, indem sie seit Ende 1916 für die Rüstung benötigte Maschinen in Belgien und den besetzten Teilen Nordfrankreichs beschlagnahmte.

Seit Ende 1916 organisierte Aumund in Absprache mit Matschoß und dem Verein Deutscher Ingenieure (VDI) ein System von Maschinenausgleichsstellen.⁴⁷ Der VDI und seine Bezirksvereine übernahmen gewissermaßen im Auftrag des WUMBA die Vermittlung von Maschinen, die nicht gebraucht wurden, in Industriezweige, die unter Maschinenmangel litten. Hierzu gehörten insbesondere Werk-

41 BArch PH 2/76, Zesch, Bewährung (Juni 1934), 2 ff., 8, 22 f., 37 ff. u. 59; Weyrauch, Waffen- und Munitionswesen, 106 ff.

42 Vgl. Romberg, Über meine Lebensarbeit.

43 Romberg, Über meine Lebensarbeit, 104. Es kursieren sehr unterschiedliche Mitarbeiterzahlen für das WUMBA und seine technische Abteilung, was sich u. a. durch die ständige Expansion der Einrichtung erklärt. Vgl. Weyrauch, Waffen- und Munitionswesen, 107 u. 109.

44 Sammlung Aumund, Briefe, 30.11.1916 – Heinrich an Hedwig Aumund; Aumund, Lebenserinnerungen, 44.

45 BArch PH 2/77, Zesch, Bewährung (Juni 1934), 6; BArch N 46/115, Organigramm WUMBA.

46 Vgl. BArch PH 2/77, Zesch, Bewährung (Juni 1934), 7 ff.

47 Aumund, Lebenserinnerungen, 44; BArch PH 2/77, Zesch, Bewährung (Juni 1934), 22 ff. u. BArch PH 2/77, Bl. 74 ff.; Weyrauch, Waffen- und Munitionswesen, 123 ff.

zeugmaschinen für die Rüstungsindustrie und Arbeitsmaschinen für die Landwirtschaft, um den Ernährungsengpässen entgegenzuarbeiten. Der VDI unterbreitete dem WUMBA einen Vorschlag für den Vorsitz der Maschinenausgleichsstellen. Der Vorsitzende schuf sich einen festen Mitarbeiterstab und griff zusätzlich bei der Durchführung der Arbeiten auf VDI-Mitglieder zurück. Es handelte sich um eine flexible, dezentrale Organisation mit zahlreichen Filialen in Städten und Kreisen; so gab es allein in Preußen 42 Maschinenausgleichsstellen.⁴⁸ Die Einrichtung scheint sich so bewährt zu haben, dass man sie innerhalb der Kriegswirtschaft ab September 1917 fester institutionalisierte.

Der Verein Deutscher Ingenieure konnte sich auf seit 1915 durchgeführte staatliche Erhebungen zur Maschinenausstattung in der deutschen Industrie stützen. Wichtiger dürften aber das Wissen und die Kontakte der VDI-Mitglieder vor Ort gewesen sein. Der Maschinenausgleich und die Vermittlung von Reparaturen erfolgten in aller Regel auf freiwilliger Basis. Rechtlich waren jedoch auch Zwangsmaßnahmen möglich. Diese wurden dann aber durch das WUMBA und nicht durch den VDI eingeleitet. Leider liegen keine quantitativen Angaben zur Art und zum Umfang der durchgeführten Arbeiten vor. Es lässt sich nur indirekt aus der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Maschinenausgleichsstellen schließen, dass man sie als erfolgreich betrachtete.

Ungeachtet einzelner Maßnahmen, waren die Ingenieure mit der Gesamtheit der Kriegswirtschaft unzufrieden. Am deutlichsten kam dies zum Ausdruck in einer Denkschrift des VDI vom Juni 1917 „Die Mitwirkung der Technik bei der Landesverteidigung“.⁴⁹ Sie war unterzeichnet vom damaligen Vorsitzenden und MAN-Manager Anton v. Rieppel (1852–1926), dem Kurator und Beratenden Ingenieur Otto Taaks (1849–1924) sowie den beiden Direktoren des Vereins Conrad Matschoß und Diedrich Meyer (1861–1931). Der VDI und die Unterzeichner verfügten über Insider-Kenntnisse hinsichtlich der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und deren Erfolgen. Die zentrale Botschaft der Denkschrift lässt sich auf die Formel bringen: zu spät und unzureichend. Die Denkschrift skizzierte zunächst die technischen Aufgaben im Krieg, insbesondere die Produktion militärischer Güter. Die Aufgaben hätten „billiger und schneller gelöst werden können, wenn man die Ausnutzung der zur Verfügung stehenden technischen Kräfte planmäßig vorbereitet oder doch während des Krieges in dem erforderlichen Maße betrieben hätte.“ „Und auch jetzt noch wird der Erfolg technischer Arbeit oft dadurch stark beeinträchtigt, daß man die Fachmänner nicht frei schaffen läßt, sondern alle Entscheidungen militärischen Vorgesetzten vorbehält, welche die nötige Kenntnis, Übersicht und Erfahrung nicht besitzen können.“ Die Militärs verfügten über keine Informationen zum Rüstungspotenzial der Industrie.⁵⁰ Die militärischen Produktionsstätten seien nicht konkurrenzfähig. Man habe zahlreiche ungeeignete Fabrikbauten hochgezogen. All dies habe zu dem bestehenden Waffenmangel beigetragen.

48 Ein Verzeichnis der Maschinenausgleichsstellen findet sich in BArch R 8729/231, Bl. 2 ff.; BArch PH 2/77, Zesch, Bewährung (Juni 1934), 25.

49 BArch R 703/69, Bl. 68 f.; vgl. Romberg, Über meine Lebensarbeit, 105; Feldman, Armees, 317 f.; Seidel, Otto Kienzle, 33 f.

50 Vgl. hierzu Aumund, Aufgaben, 116 f.

Die Denkschrift wurde breit gestreut, rief aber – abgesehen von Eingangsbestätigungen – keinerlei konstruktive Reaktionen hervor.⁵¹ Im Angesicht der Niederlage sah sich Rieppel gegen Kriegsende veranlasst, beim Reichskanzler an die Eingabe zu erinnern – mit deutlicher Stoßrichtung gegen das Militär.⁵² „In der jetzigen Schicksalsstunde, die uns sehr bald zwingen kann, die äussersten Kräfte der Nation für einen ertragbaren Frieden einzusetzen, fühle ich die Pflicht, erneut und mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, dass nur eine mit umfassender Vollmacht ausgestattete technische Leitung die bevorstehenden Aufgaben erfüllen kann. Mit dem militärischen Dilettantismus in technischen Dingen muss ein- für allemal endgiltig gebrochen werden.“ Die militärischen Stellen meinten anscheinend, den Ingenieuren gehe es nur um eine „Erweiterung ihrer Machtbefugnisse“. Dies wies Rieppel zurück: „Der Techniker hat es stets mit unbeeinflussbaren Naturgesetzen zu tun und wird durch seinen Beruf zu sachlichem Denken erzogen; beim Militär spielen Rücksichten auf Herkommen und Standesfragen eine große Rolle.“

Zu den kritischen Problemen im Krieg gehörte die Versorgung mit Kohle und Koks.⁵³ Die Einfuhr von Steinkohle ging während des Krieges zurück und kam bis 1918 weitgehend zum Erliegen. Die Zechen litten unter den Einberufungen; der Einsatz von Kriegsgefangenen seit Februar 1915 konnte dies nur unzureichend kompensieren. Auf der anderen Seite erhöhte sich die Nachfrage, so durch die Rüstungskonjunktur der Eisen- und Stahlindustrie. Hinzu kamen Engpässe beim Transport. Für die Brennstoffversorgung vertraute man lange Zeit auf die kartellartigen Zusammenschlüsse im Montanbereich. All dies führte mindestens seit Herbst 1916 zu Verknappungen.

In dieser Situation ergriffen die militärischen Stellen die Initiative. So bemühte sich das Kriegsamt unter Wilhelm Groener vor allem die kriegswirtschaftliche Versorgung zu sichern – mit mäßigem Erfolg. Ende Februar 1917 wurde das Amt eines „Reichskommissars für die Kohlenverteilung“, genannt Reichskohlenkommissar, mit erweiterten Befugnissen geschaffen.⁵⁴ Das Amt kümmerte sich insbesondere um die Förderung und die Zuweisung von Kohlekontingenten und arbeitete dabei mit den bestehenden Kohlesyndikaten zusammen, die weiterhin für den Handel zuständig waren. Die kriegswirtschaftlich wichtigen Betriebe genossen Priorität, strittig war, welche Anteile auf den Hausbrand entfallen sollten. Ein weiterer Streitpunkt war die Frage einer mehr zentralen oder mehr dezentralen Organisation der Kohlewirtschaft. Das montanindustrielle Kohlesyndikat wollte natürlich die Staatseingriffe so weit wie möglich begrenzen. In seinem Geschäftsbericht 1917/18 ist zu lesen:⁵⁵ „... so möchten wir doch auch an dieser Stelle uns dem aus allen Kreisen der Industrie und des Handels so nachdrücklich geäußerten Wunsche anschließen, daß diese Kriegsbewirtschaftung von Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe keinen Augenblick länger dauert, als es durch die besonderen Kriegsbedürfnisse geboten erscheint.“

51 Rieppel, *Deutsche Zukunftsaufgaben*, 53 f.

52 BArch R 703/69, Bl. 67, 9.10.1918 – Rieppel an den Stellvertreter des Reichskanzlers.

53 Vgl. Storm, *Geschichte*, 75 ff.; Feldman, *Armee*, 209 ff.; Ziegler, *Kriegswirtschaft*, 30 ff.

54 Storm, *Geschichte*, 77 ff.; Feldman, *Armee*, 213 ff.; Ziegler, *Kriegswirtschaft*, 35 f.

55 BArch R 703/62.

Aumund wurde im Frühjahr 1917 als Vertrauensmann Groeners und als Vertreter des Kriegsamts zum Reichskohlenkommissar delegiert.⁵⁶ Im Kriegsamt war man mit den ergriffenen Maßnahmen höchst unzufrieden. Man unterstellte dem Reichskohlenkommissar eine zu große Abhängigkeit von den montanindustriellen Interessen. Auf einer unter Vorsitz Groeners Ende April 1917 stattfindenden Sitzung griff Aumund den Reichskohlenkommissar in aller Schärfe wegen der Versorgungsprobleme an.⁵⁷ Als Abhilfe entwickelte er einen nach dem Vorbild der Maschinenausgleichsstellen ausgearbeiteten Plan dezentraler Ortskohlenstellen in den größeren Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern. Im ländlichen Bereich war an eine Zuständigkeit der Kriegswirtschaftsstellen bzw. Kriegswirtschaftsämter gedacht. Die genannten Instanzen sollten Listen erhalten, welche Betriebe vordringlich zu beliefern waren. Groener setzte sich dafür ein, zusätzlich eine regionale Struktur von drei Bereichen zu schaffen.

Tatsächlich wurden Aumunds Vorschläge in ihren Grundzügen umgesetzt. In der Folgezeit entstanden an die 1.500 Orts- und Kreis- bzw. Bezirkskohlenstellen, in welchen die Gemeinden, die ortsansässige Industrie und der Handel vertreten waren.⁵⁸ Die Urteile über die Arbeit des Reichskohlenkommissars widersprechen sich. Man findet positive Würdigungen.⁵⁹ Aumund selbst nahm dagegen einen eher kritischen Standpunkt ein.⁶⁰ Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass die von ihm präferierte mehr dezentrale Organisation nach dem Abschied Groeners unter Einfluss des neuen Leiters des Kriegsrohstoffamtes Koeth durch eine zentralistischere abgelöst wurde.⁶¹

Im August 1917 wollte Groener Aumund zurück ins WUMBA holen.⁶² Aumund spekulierte auf die Leitung der Abteilung für Ein- und Ausfuhr. Daraus wurde jedoch nichts, weil der Leiter des Kriegsamts Mitte August aufgrund einer schwer zu durchschauenden Intrige seines Postens enthoben und durch General Heinrich Scheüch (1864–1946) ersetzt wurde.⁶³ Bei der Demontage Groeners wirkten die Oberste Heeresleitung, Teile der Politik und die einflussreiche Schwerindustrie zusammen. Bei den Schwerindustriellen hatte sich Groener unbeliebt gemacht, weil er einen Teil ihrer hohen Kriegsgewinne abschöpfen wollte.⁶⁴ Dabei handelte es sich um eine im Kriegsamt, im WUMBA und der verarbeitenden Industrie weit

56 Aumund, Lebenserinnerungen, 44; Sammlung Aumund, Briefe, 25.3.1917 – Heinrich an Hedwig Aumund; BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv MKr. 14331, 16.5.1917 – Schiffsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens.

57 BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv MKr. 14319, 28.4.1917 – „Besprechung ...“.

58 Vgl. Storm, Geschichte, 79; Feldman, Armee, 215. Aumund wird in der Literatur nicht erwähnt, sondern stattdessen Wichard v. Moellendorff.

59 Storm, Geschichte, 77.

60 Aumund, Lebenserinnerungen, 44; Sammlung Aumund, Briefe, 7.8.1917 – Heinrich an Hedwig Aumund.

61 Vgl. Feldman, Armee, 214–17.

62 Sammlung Aumund, Briefe, 7.8.1917 – Heinrich an Hedwig Aumund.

63 Feldman, Armee, bes. 307 ff.; Rasch, Zwischen Politik, 103 f.

64 Vgl. zur Frage der Kriegsgewinne: Weyrauch, Waffen- und Munitionswesen, 165 ff. u. 175 ff.

verbreitete Absicht, welche unter anderem durch Coupette, Moellendorff, Rieppel und Aumund verfolgt wurde.⁶⁵

Aumund war bereits vorher ins Visier der Montanindustriellen geraten. 1916 hielt er auf der Hauptversammlung des VDI in Berlin einen Vortrag „Aufgaben der Technik im Dienste des öffentlichen Gemeinwesens“, der 1917 veröffentlicht wurde. Darin stellte er die Frage, ob und wie die Zahl der öffentlichen Unternehmungen zunehmen sollte, ohne dass sich die staatliche Verwaltungsbürokratie in gleichem Maße ausweitete. Besonders im Bereich der Grundstoffindustrien zeigte er sich Verstaatlichungen gegenüber nicht abgeneigt. Ebenso bei Investitionsgütern wie Lokomotiven, bei denen der Staat ohnehin der Hauptabnehmer war. In diesem Zusammenhang bemerkte er eher nebenbei, dass die staatlichen Kohlebergwerke während des Krieges die Preisentwicklung gedämpft hätten.⁶⁶ Jedenfalls seien die Kohlepreise nicht in gleichem Umfang gestiegen wie die für Eisenwaren.

Aumund musste sehr schnell erfahren, dass er mit seinem Vortrag in ein Wespennest gestochen hatte. Im November 1916 teilte er seiner Frau mit:⁶⁷ „Die Industrie fängt an, sich über meinen Vortrag sehr aufzuregen. – Ein Zeichen, daß sie ihn nicht für bedeutungslos hält.“ Der Danziger Professor war zu dieser Zeit als Kurator der technisch-wissenschaftlichen Arbeiten im VDI im Gespräch, das zweitwichtigste Ehrenamt im Verein nach dem des Vorsitzenden. Nach dem durch seinen Vortrag ausgelösten Eklat rechnete Aumund in realistischer Weise nicht mehr mit seiner Ernennung.

Im März 1917 sandte der Montanmanager Albert Vögler (1877–1945) seinem Kollegen Heinrich Wilhelm Beukenberg (1858–1923) Aumunds Vortragspublikation mit dem Vermerk, dass diese nicht unwidersprochen bleiben dürfe.⁶⁸ Beukenberg nahm sich der Sache mit großem Engagement an. Als Vorstandsvorsitzender der Hörder Phoenix AG, Aufsichtsratsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikats, Stellvertretender Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) und Inhaber zahlreicher weiterer Positionen gehörte Beukenberg zu den einflussreichsten Montanindustriellen. Er verfasste eine Erwiderung und übermittelte sie der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, dem Geschäftsführer des VDEh Otto Petersen (1874–1953) sowie dem Leiter der Kriegsrohstoffabteilung, Major Koeth.⁶⁹ Dabei sparte er nicht mit abschätzigen Urteilen über Aumunds Kompetenz. In dem Schreiben an Petersen ist zu lesen: „Die Ausführungen (Aumunds; W.K.) sind derart kindlich und zeugen von einem ... geringen Eingehen auf die Verhältnisse der Eisenindustrie an sich und ihre

65 Vgl. BArch N 46/157, 5.11.1918 – Rieppel an Groener; Feldman, *Armee*, 310, 318 f.; Roth, *Staat*, 309, 326 ff., 338 ff. u. 379 f.; Pomiluek, *Heinrich Wilhelm Beukenberg*, 200 ff.; vgl. Groener, *Lebenserinnerungen*, 368–73.

66 Aumund, *Aufgaben*, 62 ff.

67 Sammlung Aumund, Briefe, 30.11.1916 – Heinrich an Hedwig Aumund.

68 SZAG Konzernarchiv, Beukenberg, P 2.25.02.3, Bl. 114 f., 21.3.1917 – Beukenberg an Vögler; vgl. zu dieser Angelegenheit: Roth, *Staat*, 309; Pomiluek, *Heinrich Wilhelm Beukenberg*, 200. Mit Groener geriet Beukenberg bereits im Herbst 1916 in Konflikt (Feldman, *Armee*, 174).

69 SZAG Konzernarchiv, Beukenberg, P 2.25.02.3, Bl. 116 f., Beukenberg an Nordwestliche Gruppe; Bl. 125 f., 11.4.1917 – Beukenberg an Petersen; Bl. 118–23, 21.3.1917 – Beukenberg an Koeth.

Entwicklung im Kriege im besonderen ...“ In das Schreiben an Koeth setzte Beukenberg hohe Erwartungen. Vögler teilte er mit: „Herr Major Köth (sic!), der eine ungewöhnliche Auffassungsgabe hat, wird schon Gelegenheit nehmen, dem Herrn eines zu versetzen.“ Insbesondere zerpfückte Beukenberg in seinem Schreiben an den Major Aumunds Hinweis auf die Lohnentwicklung im Bergbau und in der Stahlindustrie. Die Löhne reichten nicht aus, um die Preisentwicklung von Produkten wie z. B. Feinblechen zu beurteilen. Dies war sicher richtig, berührte aber Aumunds zentrales Argument einer preisdämpfenden Wirkung der Staatsbetriebe nicht.

Später suchte die Eisen- und Stahlindustrie die Einwände gegen Aumund empirisch zu untermauern.⁷⁰ Unter anderem holte man bei acht Stahlwerken Informationen über die Entwicklung der Rohstoffpreise sowie die Ausgaben für die Betriebseinrichtungen und die Löhne ein. Dabei musste man feststellen, dass es gar nicht so einfach war, zu belastbaren Verallgemeinerungen zu gelangen. Man unterstrich zwar Beukenbergs Monitum, dass Aumunds überschlägige Rechnung Vieles unberücksichtigt gelassen habe, gestand aber auch ein, dass es jedenfalls in einigen Fällen bei den Stahlpreisen zu Übertreibungen gekommen sei.

Der Eisen- und Stahlindustrie sowie Beukenberg ging es bei ihrer Aktion gegen Aumund um mehr. Generell wollte man den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft so weit wie möglich begrenzen. In seinem Schreiben an Petersen brachte Beukenberg das eigentliche Motiv auf den Punkt:⁷¹ „Herr Professor Aumund bricht in seinem Aufsatz eine Lanze für die stärkere Einführung der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe nach dem Kriege. Bei dem demokratischen Zug, der durch unsere höchsten Regierungsstellen geht und immer stärker in Erscheinung tritt, tun wir gut, uns mit diesen Fragen zu beschäftigen und falsche Begründungen für ein solches System zu widerlegen, weil wir sonst Gefahr laufen, künftig unter die Räder von Beschlüssen der Reichstagsmehrheit oder gar einer gleich denkenden Landtagsmehrheit zu kommen.“ Insbesondere wollte die Eisen- und Stahlindustrie bei der Preisgestaltung und damit den Gewinnmöglichkeiten freie Hand behalten. Eine Besteuerung der Exporte und der Gewinne – so Beukenberg – bedeute, dass gerade erfolgreiche Unternehmen bestraft würden. Bei Koeth dürfte Beukenberg auf offene Ohren gestoßen sein. Koeth, „einer der mächtigsten und gefürchtetsten Männer im deutschen Wirtschaftsleben“,⁷² tendierte dazu, die Industrie am langen Zügel zu führen – solange sie die militärischen Forderungen erfüllte.⁷³ Erst gegen Ende des Krieges näherte sich die Kriegsrohstoffabteilung der Position einer Begrenzung der Gewinne an.

Die Auseinandersetzung mit Beukenberg, der bürokratische kriegswirtschaftliche Apparat und die Reibereien mit den Militärs scheinen Aumund zugesetzt zu haben. Im August 1917 klagte er seiner Frau:⁷⁴ „Ich habe aber das Arbeiten in den Berliner Ämtern bis zum Erbrechen satt und möchte gern heraus.“ Im Februar 1918

70 SZAG Konzernarchiv, Beukenberg, P 2.25.02.3, Bl. 134–37.

71 Vgl. hierzu Pomiluek, Heinrich Wilhelm Beukenberg, 197 ff., 228 f.

72 Feldman, *Armee*, 57; vgl. zu Koeth: Roth, *Staat*, 57 f. u. passim

73 Roth, *Staat*, 252, 265 ff. u. 317 f.

74 Sammlung Aumund, Briefe, 7.8.1917 – Heinrich an Hedwig Aumund.

richtete sich sein Zorn gegen die Industriellen:⁷⁵ „Besonders im tgl. Leben dort alles jetzt dazu angetan (sic!), jeden Menschen, der nicht Kriegsgewinnler ... ist, nach links zu drängen. Wie gewissenlos die Industriellen vorgehen, daß (sic!) habe ich gestern wieder feststellen können ...“⁷⁶

Im Zusammenhang mit der Wachablösung im Kriegsamt ging generell der Einfluss der Ingenieure zugunsten der Militärs zurück. Mit Groener hatte zudem einer der Förderer Aumunds seinen einflussreichen Posten verloren. In dieser Situation spielte Aumund eine Reihe von Optionen durch. Hierzu gehörte ein Engagement als Rüstungsberater bei dem türkischen Militärführer Ahmed Djemal Pascha (1872–1922) in der mit Deutschland verbündeten Türkei.⁷⁷ Außerdem überlegte er, eine Stellung in der Industrie anzunehmen.⁷⁸ Und schließlich hoffte er durch Vermittlung Friedrich Rombergs wieder beim WUMBA unterzukommen, wenn er auch einräumte:⁷⁹ „Aber die Verwaltungstätigkeit wird immer weniger, da die Fabriken ihre Höchstleistung erreicht haben und neue Anforderungen nicht mehr auftreten.“

Schließlich landete er Anfang 1918 als technischer Berater der 4. Armee in Belgien.⁸⁰ Zu seinen Aufgaben gehörte die Heranziehung belgischer Betriebe für die deutsche Kriegswirtschaft. Er war unter anderem für die Sammlung lederner Treibriemen zuständig, an denen in Deutschland aufgrund der britischen Blockade Mangel herrschte.⁸¹ Und er beteiligte sich an Hochschulkursen für deutsche Soldaten.⁸² Aumund nutzte seine Position, um Lebensmittel und andere Waren an seine Familie nach Danzig zu senden.⁸³ Er nahm anlässlich einer Reise aber auch die Not der französischen Bevölkerung wahr:⁸⁴ „Hier in Frankreich ... ist alles unheimlich knapp und teuer. ... Die Leute sind z. T. sehr schlecht dran. Sie suchen die Schlacke unter den Gleisen heraus, um noch Kohlenstücke darin zu finden. Es ist aber ja natürlich, daß die Leute hier die Not am ersten und besonders spüren müssen. Dabei ertragen sie es mit einer bewundernswerten Ruhe und Würde.“

Aumunds Zuversicht, dass der Krieg mit einem Erfolg Deutschlands enden werde, hielt bis in das Jahr 1918 hinein an.⁸⁵ Seiner Frau stellte er im März 1916 anheim, Krieganleihen bis zu einer Summe von 50.000 M zu zeichnen. Militärische Vorteile erwartete er bei Verdun, St. Petersburg, nach der Niederlage Rumäniens, durch die Beschießung von Paris, den Frieden von Brest-Litowsk usw. Er rech-

75 Sammlung Aumund, Briefe, 24.2.1918 – Heinrich an Hedwig Aumund.

76 Die letzte Bemerkung bezog sich vordergründig darauf, dass er sich von der DEMAG betrogen fühlte (S. u. S. 60 ff.), dokumentiert aber auch eine allgemeine Verstimmung.

77 Es sieht so aus, dass Aumund hier zunächst selbst initiativ wurde, später aber von dem Vorhaben wieder Abstand nahm: Sammlung Aumund, Briefe, 2.8.1917 – Heinrich an Hedwig Aumund; Aumund, Lebenserinnerungen, 45.

78 Sammlung Aumund, Briefe, 19.12.1917 – Heinrich an Hedwig Aumund.

79 Sammlung Aumund, Briefe, 19.12.1917 – Heinrich an Hedwig Aumund.

80 Aumund, Lebenserinnerungen, 45; Sammlung Aumund, Briefe, 24.2. u. 20.4.1918 – Heinrich an Hedwig Aumund.

81 Vgl. Hupfeld, Bericht.

82 Sammlung Aumund, Briefe, 20.4.1918 – Heinrich an Hedwig Aumund.

83 Sammlung Aumund, Briefe, 9.5.1918 u. passim – Heinrich an Hedwig Aumund.

84 Sammlung Aumund, Briefe, ?6.1918 – Heinrich an Hedwig Aumund.

85 Sammlung Aumund, Briefe, Heinrich an Hedwig Aumund, passim.

nete mit Grenzverschiebungen im Osten zugunsten Deutschlands, „obgleich ich ja, wie Du weisst, nichts weniger als Imperialist bin.“⁸⁶ „Ich hoffe aber, daß wir im Westen auch noch Erfolg haben werden, und für diesen Fall sehe ich schon unser Colonialreich sich mächtig erweitern ...“⁸⁷ Er sah für „die nächsten Jahre einen glänzenden Aufschwung in der Industrie (voraus) ... trotz Steuern, die allerdings ja Leute wie uns härter treffen werden als die reich gewordene Industrie.“

Die Hoffnungen auf ein siegreiches Ende des Krieges trug Aumund allerdings immer ungeduldiger vor. Erste größere Bedenken scheinen ihm Mitte 1918 gekommen zu sein. Im Juni 1918 äußerte Außenminister Richard von Kühlmann (1873–1948) vor dem Reichstag Zweifel an einem bevorstehenden militärischen Sieg und plädierte für Friedensverhandlungen. Daraufhin erzwang die Oberste Heeresleitung seinen Rücktritt. Aumund kommentierte dies:⁸⁸ „Ich habe recht bedauert, daß im Reichstag über der m. Er. recht vernünftigen Rede Kühlmanns ... ein solcher Lärm entstand, der zweifellos wieder den Eindruck erweckt, daß bei uns nur die Militairpartei regiert.“

Aumund blieb bis zu den Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Belgien und ging dann nach Berlin.⁸⁹ Dort schlug er ein Angebot Wichard v. Moellendorffs aus, ihn beim Aufbau der von ihm propagierten „Gemeinwirtschaft“⁹⁰ zu unterstützen. Der Maschinenbauingenieur Moellendorff war in verschiedenen kriegswirtschaftlichen Organisationen tätig gewesen und hatte mit Aumund im WUMBA zusammengearbeitet. Im Februar 1918 erhielt er eine Professur für Nationalökonomie an der Technischen Hochschule Hannover. Von November 1918 bis Juli 1919 bekleidete er unter dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Rudolf Wissell (1869–1962) das Amt eines Unterstaatssekretärs. Seine Gemeinwirtschaftsidee zielte auf eine durch Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere gesellschaftliche Gruppen gemeinsam verwaltete kartellierte Industrie. Auf diese Weise sollten gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte gegenüber betriebswirtschaftlichen besser zur Geltung kommen. Letztlich fand er mit seinen Plänen weder bei den rechten noch bei den linken Parteien Unterstützung.

Aumund hatte im Krieg und schon vorher mit seinem privaten Ingenieurbüro⁹¹ schlechte Erfahrungen mit der Großindustrie gemacht. Er konnte sich durchaus eine Vermehrung der Zahl der staatlichen oder öffentlich-rechtlichen Unternehmen vorstellen.⁹² Im Einzelnen nannte er den Kohlebergbau, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, Teile des Fern- und Nahverkehrs, die Rüstungsbetriebe usw. Allerdings verschloss er nicht die Augen davor, dass die staatlichen Betriebe meist schlechter als die privaten arbeiteten. Bei den in den Staatsbetrieben tätigen technischen Beamten handele es sich meist um eine negative Auslese. Und Aumund war

86 Sammlung Aumund, Briefe, 24.2.1918 – Heinrich an Hedwig Aumund.

87 Sammlung Aumund, Briefe, 5.3.1918 – Heinrich an Hedwig Aumund.

88 Sammlung Aumund, Briefe, ? .6.1918 – Heinrich an Hedwig Aumund.

89 Aumund, Lebenserinnerungen, 45.

90 Vgl. zu Moellendorffs Gemeinwirtschaft: Braun, Ingenieure, 871–74; Roth, Staat, 145 u. passim.

91 S. u. S. 60 ff.

92 Aumund, Aufgaben.

ein unbedingter Anhänger einer Konkurrenzwirtschaft und Gegner von Bürokratien und Monopolen, seien es nun staatliche oder private. Staatsbetriebe sollten deswegen gemäß dem Vorbild der privaten organisiert sein und entsprechende Freiräume besitzen. Dies schien ihm besser als gemischtwirtschaftliche Unternehmen.

Aumunds 1916 vorgetragene Überlegungen atmeten den Geist der Kriegswirtschaft und einer damals noch vorhandenen Aufbruchsstimmung. Seine eigenen Erfahrungen mit der kriegswirtschaftlichen Praxis dürften desillusionierend gewirkt haben. Zudem setzten seine Vorschläge voraus, dass der Staat und die Politik bereit gewesen wären, sich einer Einflussnahme auf im Staatsbesitz befindliche Betriebe zu enthalten. Dies war eine kühne Voraussetzung. Jedenfalls fällt auf, dass Aumund in späterer Zeit entsprechende Überlegungen zur Verstaatlichung nicht mehr vortrug. Allerdings wahrte er Zeit seines Lebens eine kritische Haltung gegenüber dem bestehenden Wirtschaftssystem mit seinen großbetrieblichen Strukturen und machte sich Gedanken, wie es rationeller und effizienter gestaltet werden könnte.⁹³

DANZIG: ERHALTUNG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE

Im Spätjahr 1918 kehrte Aumund nach Danzig zurück, um seine Tätigkeit an der Technischen Hochschule wieder aufzunehmen. Die Hochschule wurde 1904 gegründet,⁹⁴ Aumund 1909 berufen. Hinter der Gründung standen zwei Motive. Die preußische Regierung reagierte damit auf die seit den 1880er Jahren stattgefundenen Vermehrung der Studentenzahlen und entlastete damit die bestehenden Technischen Hochschulen. Und sie richtete aus wirtschafts-, national- und kulturpolitischen Gründen eine erste Technische Hochschule im Osten Preußens ein. Die Hochschule wurde als Element wirtschaftlicher Strukturpolitik gesehen. Man erwartete von den technikwissenschaftlichen Fächern Innovationsanreize für die lokale und regionale Industrie. Und schließlich bildete die Neugründung einen Baustein der preußischen Germanisierungspolitik. Die neue Hochschule sollte die deutsche Kultur gegenüber der polnischen stärken.

Dabei setzte sich Danzig gegen die Konkurrenz einer Reihe anderer Städte durch, vor allem gegen Breslau. Für Breslau, das Zentrum des oberschlesischen Industrieviers, sprachen vor allem wirtschaftliche Gründe. Die Bewerbung Danzigs war dagegen von Anfang an politischer gehalten. Darüber hinaus sprachen die dortigen Verantwortlichen Wilhelm II. und seine kulturellen und Marineinteressen unmittelbar an. Tatsächlich schaltete sich der Kaiser persönlich in die Standortfrage ein und traf letztlich die Entscheidung für die Ostseestadt. 1898 gab Kultusminister Robert von Bosse (1832–1901) im Abgeordnetenhaus offiziell die auf Danzig gefallene Wahl des Kaisers bekannt. Den Unterstützern Breslaus blieb nichts anderes übrig, als Danzig zu akzeptieren und weiter für eine zweite Technische Hochschule

93 S. u. S. 94 ff.

94 Die Forschungslage zur Gründung und zur Geschichte der Technischen Hochschule Danzig ist dünn. Einen guten Einstieg bieten: Manegold, Die Technische Hochschule Danzig; König, Wilhelm II., 126–29.